

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

22. Mai 2017

Ägypten

Verdächtige der Kirchenanschläge an Militärgericht überstellt

Nach Angaben des Generalstaatsanwalts wurden die Fälle von 48 Personen, die verdächtigt werden, dem IS anzugehören und in die Anschläge auf koptisch-orthodoxe Kirchen im Dezember 2016 und am Palmsonntag 2017 verwickelt zu sein, an die Militärgerichtsbarkeit übergeben. Die Verdächtigen sollen zudem für die Ermordung von acht Polizisten im Januar 2017 an einem Checkpoint in der Gegend der Oase Kharga (Gouvernement New Valley) verantwortlich sein. Von den 48 Personen sind 31 in Haft, die anderen auf freiem Fuß. Bei den Anschlägen in Kairo, Alexandria und Tanta starben mehr als 70 Menschen.

Afghanistan

Bewaffnete Auseinandersetzungen

Weiterhin kommt es zu Kampfhandlungen, Säuberungsaktionen und Razzien der Sicherheitskräfte sowie Überfällen und Anschlägen der Aufständischen, bei denen teilweise auch Zivilisten getötet oder verletzt werden. Nach Presseberichten waren in der vergangenen Woche folgende Provinzen betroffen: Zabul, Kandahar, Uruzgan, Helmand (Süden), Nangarhar, Laghman, Kunar (Osten), Kunduz (Nordosten, hier sollen Regierungstruppen den Distrikt Qala-e-Zal zurückerobert haben), Logar (Zentrum), Ghazni, Paktia (Südosten) und Herat (Westen).



Anschläge und Übergriffe

Am 16.05.17 wurde bei einem Bombenanschlag auf eine Polizeistation in der Stadt Kandahar mindestens ein Zivilist getötet.

Am 17.05.17 griffen IS-Kämpfer den staatlichen Fernsehsender in der Provinz Nangarhar an. Außer drei der Angreifer kam niemand um.

Am 18.05.17 griffen Aufständische in der Stadt Herat (Westen) einen Bus der afghanischen Armee an. Dabei starb mindestens eine Person; zwei erlitten Verletzungen.

Am 19.05.17 tötete in Nangarhar (Osten) ein Polizist fünf seiner Kameraden bei einer sog. Insiderattacke. Im Distrikt Mohammad Agha der Provinz Logar (Zentrum) wurden bei einem Anschlag mindestens elf Zivilisten getötet.

Am 20.05.17 griffen mehrere Taliban-Kämpfer eine Filiale der Kabul Bank in Gardez (Provinz Paktia, Südosten) an. Dabei kamen zwei Polizisten und ein Zivilist um.

Ebenfalls am 20.05.17 wurden bei einem Überfall auf das Gästehaus der Hilfsorganisation Operation Mercy in Kabul eine deutsche Entwicklungshelferin und ein afghanischer Wachmann erschossen sowie eine finnische Entwicklungshelferin entführt. Es gibt keine Hinweise auf die Täter

Albanien

Blockade der Opposition beendet

Der monatelange Konflikt zwischen Regierung und Opposition ist vorerst beigelegt worden. Premierminister Edi Rama von der Sozialistischen Partei (SP) und der Vorsitzende der oppositionellen Demokraten (DP) Luzlim Basha einigten sich am 18.05.17 auf einen Kompromiss. Dieser sieht eine All-Parteien-Regierung

vor, in der die Opposition das Amt eines stellvertretenden Regierungschefs sowie vier wichtige Ministerien übernimmt. Zudem soll die für Mitte Juni geplante Parlamentswahl verschoben werden, um die Voraussetzungen für freie und faire Wahlen zu schaffen.

Die Opposition blockierte seit Monaten das Parlament. Sie wollte auch nicht an den regulären Parlamentswahlen am 18.06.17 teilnehmen. Die Opposition warf der Regierung vor, in die organisierte Kriminalität verstrickt zu sein. Ministerpräsident Rama beschuldigte die Opposition im Gegenzug, die geplante Justizreform verhindern zu wollen, weil sie eng mit korrupten Richtern und Staatsanwälten verbunden sei (vgl. BN v. 08.05. und v. 15.05.17). Der Durchbruch gelang unter Vermittlung der EU und den USA.

China

Tibet: Selbstverbrennung

In der tibetischen Autonomen Präfektur Haibei (laut anderen Meldungen: Huangnan) in der Provinz Qinghai verbrannte sich am 18. oder 19.05.17 ein tibetischer Mönch selbst. Er erlag seinen Verletzungen. Dies ist laut Radio Free Asia der 150. Fall in China seit 2009.

Côte d'Ivoire

Soldaten-Meuterei beigelegt

Die Anführer der Revolte erklärten, die Soldaten würden sich in ihre Kasernen zurückziehen, nachdem die Regierung Bonuszahlungen zugesichert habe. Ihnen wurden eine sofortige Zahlung von umgerechnet rund 7.600 Euro zugesagt sowie weitere 3.000 Euro Ende Juni 2017.

Rund 8.400 Soldaten hatten seit dem 12.05.17 ihren Dienst verweigert und Hauptverbindungsstraßen in mehreren Städten blockiert.

Die meuternden Militärs sind mehrheitlich ehemalige Rebellen, die Präsident Alassane Ouattara bei der Machtübernahme im Jahr 2011 unterstützt hatten, als das Land im Zuge der Präsidentschaftswahlen am Rande eines Bürgerkrieges stand. Seit der Eingliederung vieler Rebellen in die regulären Streitkräfte kommt es immer wieder zu Konflikten innerhalb der Armee sowie zu kurzzeitigen Revolten.

DR Kongo

Ebola

Laut Angaben der WHO vom 21.05.17 sind im Gesundheitsbezirk Likati der nordöstlichen Provinz Bas-Uélé seit dem 22.04.17 insgesamt 37 Ebola-Verdachtsfälle erfasst worden. Es starben zwischenzeitlich vier Personen.

Befreiungsaktion: 4.000 Inhaftierte aus Makala-Gefängnis entkommen

Am frühen Morgen des 17.05.17 griffen rund 50 mutmaßliche Anhänger der Partei Bundula Mayala (BDM) das Makala-Zentralgefängnis in Kinshasa an und befreiten den BDM-Anführer und Parlamentsabgeordneten Ne Muanda Nsemi. Laut Angaben von Gefangenen sollen bei der Befreiungsaktion insgesamt etwa 4.000 von geschätzt 7.000 bis 8.000 Insassen geflohen sein.

Nsemi war am 03.03.17 wegen Beleidigung des Staatsoberhauptes, Bildung einer bewaffneten Gruppe, Anstiftung zum Rassenhass, Entführung und illegalen Waffenbesitzes in Kinshasa festgenommen worden. Hierbei wurde seine Residenz weitgehend zerstört, die von seinen bewaffneten Anhängern verteidigt und drei Wochen lang von der Polizei belagert worden war. Bereits im Januar und Februar 2017 war es zu gewalttätigen Zusammenstößen zwischen der Polizei und BDM-Anhängern mit mehreren Todesopfern gekommen. Nsemi stand als selbsternannter Prophet auch der 2008 verbotenen religiösen Sekte Bundula Mayala (BDM) vor, deren politischer Flügel die 2009 von ihm gegründete Partei BDM ist. Ziel der Anhänger Nsemis ist die Wiedererrichtung des vorkolonialen Königreiches Kongo, das die DR Kongo Provinz Congo Central sowie Teile Angolas, Gabuns und der Republik Kongo umfasste.

EJR Mazedonien

Präsident erteilt Regierungsauftrag

Präsident Gjorge Ivanov hat sich nunmehr doch entschlossen, Zoran Zaev von den Sozialdemokraten (SDSM) mit der Regierungsbildung zu beauftragen.

Seit Anfang Februar hatte sich Ivanov geweigert, Zaev das Regierungsmandat zu erteilen, obwohl dieser zusammen mit drei Parteien der albanischen Volksgruppe eine klare Parlamentsmehrheit hat. Ivanov hatte Einwände gegen das Regierungsprogramm, das seiner Meinung nach die Einheit Mazedoniens gefährde. Anhänger der ehemaligen Regierungspartei VMRO-DPMNE gingen wochenlang gegen die geplante Koalition auf die Straße. Der Protest gipfelte Ende April in Ausschreitungen im Parlament in Skopje (vgl. BN v. 08.05.17).

Der Durchbruch gelang nach massivem Druck der EU und den USA. Bis Ende Juni soll eine Regierung gebildet werden.

Israel/Palästinensische Autonomiegebiete

Israels Sicherheitskabinett billigt Erleichterungen für Palästinenser

Vor dem Besuch von US-Präsident Donald Trump hat Israels Sicherheitskabinett am 20.05.17 eine Reihe von Erleichterungen für Palästinenser gebilligt. Dazu gehören u.a. Baugenehmigungen in Gebieten des Westjordanlandes, die unter israelischer Sicherheitskontrolle stehen. Außerdem sollten zwei Industriegebiete eingerichtet werden. Zudem ist vorgesehen, den sog. Allenby-Grenzübergang zu Jordanien rund um die Uhr zu öffnen.

Irak

Kämpfe um Mossul halten an

Es häufen sich Berichte von Menschenrechtsorganisationen, wonach in Mossul Mitglieder der Popular Mobilization Forces willkürlich sunnitische Männer verhaften und foltern.

Die schweren Kämpfe um Mossul halten an. Weitere Stadtviertel und Dörfer in der Umgebung wurden befreit. Besonders umkämpft war in der vergangenen Woche der 17-Tamuz-Distrikt, den jetzt Regierungstruppen weitgehend kontrollieren.

Gründer der Gorran-Partei gestorben

Am 19.05.17 starb der Gründer der kurdischen Gorran-Partei, Nawshirwan Mustafa, im Alter von 73 Jahren. Etwaige politische Auswirkungen auf Kurdistan bleiben abzuwarten. Zwei Tage zuvor hatte Gorran angekündigt, sich aus der Koalitionsregierung in Kurdistan zurückzuziehen. Die Gorran-Partei ist die zweitgrößte im kurdischen Parlament.

Iran

Präsidentenwahl: Rohani gewinnt mit deutlicher Mehrheit

Der 68-jährige Präsident Hassan Rohani setzte sich dem amtlichen Endergebnis zufolge bei der Wahl am 19.05.17 mit 57 % der Stimmen gegen seinen erzkonservativen Hauptkontrahenten Ebrahim Raisi durch, der 38 % der Stimmen erhielt. Dem Innenministerium zufolge lag die Wahlbeteiligung bei mehr als 73 %. Wegen des großen Andrangs hatten die mehr als 63.000 Wahllokale länger geöffnet. Der sog. Wächterrathat nun drei Tage Zeit, um mögliche Unregelmäßigkeiten und Einsprüche der Kandidaten zu prüfen. Der unterlegene Kandidat Raisi hatte bereits am Wahltag Verfehlungen des Rohani-Lagers behauptet. Rohanis Anhänger dagegen sprechen von unrechtmäßigen Eingriffen zugunsten des Kandidaten Raisi.

Rohanis große Herausforderung wird es sein, die iranische Wirtschaft zu modernisieren und Arbeitsplätze für die junge Generation zu schaffen. Die Wirtschaftspolitik ist die zentrale Kompetenz des Präsidenten. Vier Fünftel der Wirtschaft kontrolliert direkt oder indirekt der Staat. Der öffentliche Dienst hat fast zehn Millionen Stellen.

Bei der weiteren Öffnung der Gesellschaft, die für viele Rohani-Wähler maßgeblich gewesen sein dürfte, wird er auf erbitterten Widerstand der Konservativen stoßen. Die Außen- und Sicherheitspolitik sind

weiterhin in der Hand der Pasdaran und Obersten Führers Khameneis. Sie dürften eine Annäherung an den Westen verhindern.

Kommunalwahlen in Teheran

Die Vertreter einer gemäßigten Politik haben am 19.05.17 auch bei den Wahlen des Stadtrates von Teheran gesiegt, den seit 14 Jahren die Konservativen dominierten.

Jemen

Tausende demonstrieren gegen Saudi-Arabien und die USA

Tausende haben in Sanaa gegen die Militärintervention Saudi-Arabiens sowie deren Unterstützung durch die USA protestiert. Die Demonstranten riefen am 22.05.17 unter anderem „Nein zum amerikanischen Terror gegen den Jemen.“ Sie forderten einen Stopp der saudischen Aggression. Aufgerufen zu dem Protest hatten die schiitischen Houthi-Rebellen, die Sanaa kontrollieren.

Kosovo

Islamismus breitet sich aus

Die Bundesregierung beobachtet mit Sorge eine zunehmende islamisch-fundamentalistische Einflussnahme in Kosovo durch Saudi-Arabien und andere Golfstaaten. Das geht aus einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage hervor (BT-Dr 18/11962). Demnach sind saudi-arabische Missionierungsorganisationen aktiv. Der Antwort zufolge beobachtet die Bundesregierung auch eine wachsende Einflussnahme der Türkei.

Die Islamisierung begann nach dem Ende des Kosovokrieges 2008 zunächst schleichend. Saudi-Arabien, Kuwait und andere islamische Länder investierten massiv in den Wiederaufbau und Neubau von Moscheen, sie entsandten Prediger und unterstützten Bedürftige. Heute gibt es 742 Moscheen, dazu kommen andere muslimische Bauten wie Koranschulen. Begünstigt durch Armut und Arbeitslosigkeit ist mittlerweile auch im säkularen Kosovo ein Erstarken des radikalen Islam festzustellen. Experten sprechen von ca. 50.000 Anhängern des konservativen Islam. 2012 bis Ende 2016 sollen 316 von ihnen ausgereist sein, um sich dem IS anzuschließen, darunter Frauen und Kinder.

Nach Angaben der kosovarischen Regierung laufen Untersuchungen gegen rund 240 Personen unter dem Vorwurf der Organisation und Teilnahme an terroristischen Taten in und außerhalb Kosovos, sowie Rekrutierung, Unterstützung, Finanzierung von Terrorismus. Etwa 130 der Beschuldigten seien seit 2013 verhaftet worden.

Libyen

Am 17.05.17 griffen Unbekannte in Tripolis ein Regierungsgebäude an. Die Angestellten konnten evakuiert werden. Die Nawasi-Brigade, welche mit der von den UN unterstützten Einheitsregierung zusammen arbeitet, konnte den Angriff abwehren.

Am 16.05.17 soll General Khalifa Haftar – im Rahmen der Feiern zum dreijährigen Jubiläum der „Operation Würde“ zur Befreiung Benghazi von islamistischen Kräften – verkündet haben, dass er bereit sei, seine Truppen in einer ähnlichen Operation gegen Tripolis zu führen. Dies sei ein „sicherer Hafen“ für Terroristen. Haftars Äußerung steht im Gegensatz zu Gesprächen der letzten Wochen zwischen ihm und Vertretern der Einheitsregierung.

Mali

UN besorgt über zunehmende Angriffe von Extremisten im Zentrum

Angesichts zunehmender Angriffe von Extremisten prüfen die UN eine Erweiterung ihres Militäreinsatzes in der Region. „Mit Blick auf die unsichere Lage im Zentrum des Landes erwägen wir, eine schnelle Eingreiftruppe dorthin zu entsenden“, sagte der Leiter der weltweiten UN-Friedenseinsätze, Jean-Pierre Lacroix. Die Truppen würde Senegal stellen, sagte er bei einem Besuch in Mali am 17.05.17. Die

Terrororganisation al-Qaida im Islamischen Maghreb (AQMI) und andere extremistische Gruppen sind primär im Norden Malis aktiv. Sie greifen jedoch zunehmend auch Ziele in der Landesmitte an. Der Blauhelm-Einsatz in Mali ist derzeit der gefährlichste UN-Einsatz. Mehr als 15.000 UN-Soldaten und Polizisten bemühen sich um eine Stabilisierung, darunter knapp 800 deutsche Bundeswehrsoldaten, die in der nordöstlichen Stadt Gao stationiert sind.

Niger

Meningitis-Epidemie

Wie die Vereinten Nationen am 17.05.17 mitteilten, meldeten die Behörden des westafrikanischen Staates seit Januar mehr als 3.000 Fälle von Hirnhautentzündung, 180 davon tödlich. Die Todesrate liegt demnach bei 5,9 Prozent, rund die Hälfte waren Kinder im Alter zwischen fünf und 14 Jahren. Seit der Impfkampagne des Gesundheitsministeriums Anfang April gehe die Zahl der Neuinfektionen zurück, erklärte das UN-Büro für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten.

Nigeria

Boko Haram: Selbstmordanschläge in Maiduguri

Am 18.05.17 versuchten drei männliche Selbstmordattentäter in ein Wohnheim für Studentinnen der Universität von Maiduguri (Hauptstadt des nordöstlichen Bundesstaates Borno) einzudringen. Als sie vom Sicherheitspersonal entdeckt wurden, zündete einer von ihnen seinen Sprengstoffgürtel. Der Attentäter starb, drei Sicherheitsleute wurden verletzt. Die anderen Terroristen flüchteten und sprengten sich in der Nähe der Fakultät für Veterinärmedizin in die Luft.

Boko Haram: Bauern getötet

Am 13.05.17 griffen mutmaßliche Boko-Haram-Kämpfer mehrere Bauern des Dorfes Amrawa (etwa 16 km von Bornos Hauptstadt Maiduguri) auf ihren Feldern mit Macheten an und töteten sechs Bauern. Bei einem anschließenden Überfall der Islamisten auf ein Nachbardorf tötete dessen Bürgerwehr vier von ihnen.

Somalia

Anschläge

Bei der Explosion einer Autobombe im Stadtteil Wadajir von Mogadischu starben am 17.05.17 drei somalische Polizisten, zwei somalische Geheimdienstmitarbeiter und ein UN-Bombenspezialist. Die Sicherheitskräfte hatten zuvor dem Fahrer des Fahrzeugs verboten, vor der Polizeistation zu parken und ihn festgenommen. Al-Shabaab-Kämpfer brachten die Bombe mit einer Fernzündung zur Detonation, als die Sicherheitskräfte versuchten, diese zu entschärfen.

Bei der Explosion einer Sprengfalle in der Ortschaft Qansahdere (Region Bay) wurden am 17.05.17 der stellvertretende Distriktkommissar und mehrere Soldaten verletzt.

Al-Shabaab intensivierte ihre Angriffe in den Regionen Bay, Bakool und Hiraan als Vergeltung für den zunehmenden Druck kenianischen Militärs entlang der kenianisch-somalischen Grenze in den vergangenen Monaten.

Kampfhandlungen

Al-Shabaab-Kämpfer griffen am 17.05.17 einen äthiopischen AMISOM-Stützpunkt in der Ortschaft Halgan (Region Hiraan) an und übernahmen die Kontrolle über Teile von Halgan.

Uganda stockt AMISOM-Kontingent auf

Ugandas Präsident Yoweri Museveni kündigte am 15.05.17 an, das AMISOM-Kontingent seines Landes zu verdoppeln. Derzeit operieren etwa 2.700 ugandische Soldaten in Somalia

Soldaten protestieren

Soldaten der somalischen Armee protestierten am 18.05.17 in Mogadischu gegen ausbleibende Soldzahlungen. Dutzende Angehörige der 12. Division besetzten das Verteidigungsministerium und

blockierten die Straßen der Umgebung. Präsident Mohamed Farmajo hatte während des Wahlkampfes rechtzeitige Soldzahlungen versprochen.

Südsudan

Bericht über Menschenrechtsverletzungen in Yei

Ein Bericht der UN vom 19.05.17 dokumentiert für die Zeit Juli 2016 bis Januar 2017 zahlreiche Menschenrechtsverletzungen durch die Konfliktparteien in der Stadt Yei und deren Umgebung (Bundesstaat Central Equatoria) wegen der Volkszugehörigkeit und/oder der mutmaßlichen Unterstützung der Opfer für die jeweils andere Seite. So sollen Regierungskräfte 114 Menschen getötet haben. Die Zahl der Tötungen durch die bewaffnete Opposition ist unklar, da es an Zugangsmöglichkeiten in ihre Operationsgebiete fehlt. Die Vorwürfe umfassen willkürlichen Beschuss von Zivilisten, gezielte Tötungen, Plünderungen und Brandstiftung sowie sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen.

In Yei, einer multiethnischen Stadt mit 200.000 bis 300.000 Einwohnern, war es trotz des seit 2013 herrschenden Bürgerkriegs in Südsudan lange relativ ruhig. Nachdem im Juli 2016 der Rebellenführer und frühere Vizepräsident Riek Machar mit einer kleinen Gruppe von Anhängern in die Demokratische Republik Kongo floh und ihn Regierungskräfte verfolgten, kam es zu Kämpfen entlang der Fluchtroute. Davon besonders betroffen war Yei. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung wurde in die Flucht getrieben.

Syrien

Homs wieder unter Regierungskontrolle

Nach Medienberichten ist die Stadt Homs seit 21.05.17 zum ersten Mal nach fünf Jahren wieder vollständig unter Kontrolle der Regierung. Am Sonntag brachten etwa 50 Busse sowie 30 Lastwagen Rebellen und ihre Familien aus dem Stadtteil Al-Waer, einer früheren Rebellenhochburg. Den Kämpfern aus Homs wurde sicheres Geleit in andere von der Opposition kontrollierte Gebiete zugesagt.

Regierungstreue Milizionäre bei US-Angriff getötet

Am 18.05.17 bombardierten US-geführte Truppen nach eigenen Angaben regierungstreue Milizen, die trotz Warnschüssen und anderer Maßnahmen auf den Militärstützpunkt Tanf (Süden) vorgerückt seien, wo auch US-Soldaten stationiert sind. Die oppositionsnahe Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte berichtete von acht Toten.

Tunesien

Demonstrationen gegen Amnestieerlass

Bei mehreren Demonstrationen protestierten in den letzten Wochen Tausende gegen Straffreiheit für korrupte Geschäftsleute. Ein von Präsident Béji Caid Essebsi geplantes Amnestiegesetz sieht vor, dass Korruptionsermittlungen eingestellt werden, wenn ein Beschuldigter (korrupte Geschäftsleute und Beamte aus der Zeit der Diktatur Ben Ali's) eine Geldbuße bezahlen und die unrechtmäßig erzielten Beträge zurückerstattet werden. Das sog. Gesetz zur wirtschaftlichen Aussöhnung soll Geld in die Wirtschaft pumpen. Analysten sowie viele Tunesier sehen darin einen Rückschritt im Demokratisierungsprozess.

Ausnahmezustand erneut verlängert

Am 16.05.17 verlängert Staatschefs Essebsi per Erlass den Ausnahmezustand um 30 Tage. Im November 2015 wurde der Ausnahmezustand nach einem Terroranschlag auf die Präsidentengarde verhängt und seither wegen anhaltender Terrorgefahr mehrmals verlängert.

Türkei

Amnesty kritisiert Massenentlassungen

In einer neuen Studie, die Amnesty International heute in Istanbul vorstellen will, kritisiert die Organisation nach Medienberichten die politische Führung in der Türkei. Sie habe mit der Entlassung von bisher über 100.000 Staatsbediensteten seit der Verhängung des Ausnahmezustands gegen eine Reihe von Menschenrechten verstoßen. Ein großer Teil der Entlassungen von Polizisten, Richtern, Lehrern, Journalisten und anderen wird als offensichtlich willkürlich, ungerecht und/oder politisch motiviert bezeichnet. Sie verletzen zudem das Menschenrecht auf ein ordnungsgemäßes Verfahren und missachteten das Diskriminierungsverbot. Die Entlassungen wurden im Rahmen von Notstandsdekreten von Präsident und Regierung angeordnet. Amnesty sprach für die Studie mit 33 Entlassenen von denen, bis auf eine Ausnahme, keiner einen konkreten Grund für die Kündigung erhalten habe. Weil die Entlassenen keine neue Anstellung fänden, sei ihnen und ihren Familien die Lebensgrundlage entzogen. Zudem dürften sie die Türkei nicht verlassen. Vielfach seien die Reisepässe für ungültig erklärt worden.

Die Entlassungen vor Gericht anzufechten, scheidet zumindest derzeit aus. Eine im Januar 2017 hierfür eingesetzte Kommission habe ihre Arbeit nicht aufgenommen.

Erdogan wieder Parteichef der AKP

Nach dem erfolgreichen Verfassungsreferendum kehrt Präsident Erdogan an die Spitze der Regierungspartei AKP zurück. Bei einem Sonderparteitag am 21.05.17 wurde er erwartungsgemäß als Vorsitzender wiedergewählt und löste Ministerpräsident Yildirim als Parteivorsitzenden ab. Als einziger Kandidat kam Erdogan auf mehr als 96 % der Delegiertenstimmen, wie die AKP erklärte. Erdogan hatte die Parteimitgliedschaft aufgeben müssen als er Präsident wurde, weil dieser nach der alten Verfassung neutral und parteiunabhängig sein musste. Dieser Grundsatz wurde mit dem Verfassungsreferendum im April 2017 aufgegeben.

Zentralafrikanische Republik

Rebellenangriffe fordern Dutzende Tote

Wie das nationale Rote Kreuz am 17.05.17 berichtete, wurden nach dem Rebellenangriff auf die Stadt Bangassou (vgl. BN v. 15.05.17) 115 Tote geborgen. Zunächst war man von bis zu etwa 30 Toten ausgegangen. Schätzungsweise 2.750 Menschen flohen in die benachbarte DR Kongo.

Nach UN-Angaben vom 16.05.17 sollen in der Stadt Alindao westlich von Bangassou bei Gefechten zwischen Gruppen der Anti-Balaka und der Séléka vom 07. bis zum 09.05.17 bis zu 100 Menschen getötet worden sein. Eine andere Quelle geht von mindestens 37 Toten aus.

Zu weiteren Kämpfen kam es ab dem 16.05.17 in der Stadt Bria, etwa 200 Kilometer nordwestlich von Bangassou. Mindestens 17 Menschen starben, etwa 15.000 wurden vertrieben.

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration
Briefing-Notes
ivs-anfragen@bamf.bund.de